

gen die Bourgeoisie haben. Nicht nur in Worten, sondern in der Tat. Wo ist der Kampf der sozialdemokratischen Führer, der reformistischen Gewerkschaftsführer, der Führer des Reichskammers usw. gegen die Brüning-Regierung oder gegen die Braun-Seydewitz-Regierung in Preußen?

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei sagt in dem Einheitsfrontappell an die sozialdemokratischen Arbeiter:

„Von diesen Führern, die die Hauptstütze der Brüning-Seydewitz-Diktatur bilden und jederzeit auf der Seite der Kapitalistenklasse stehen, trennt sich, sozialdemokratische Arbeiter, ein Klassengegner. Mit uns, der Kommunistischen Partei, seid ihr aber verbunden im gemeinsamen Kampfe unserer Klasse.“

Diese einfache Wahrheit, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in seinem Appell ausdrückt, wird jeden Tag aufs neue durch die Tatsachen bestätigt. Gerade in diesen Tagen, wo die Bourgeoisie durch den Lohnabbau einen Generalangriff auf die Arbeiterklasse durchführt, auf der einen Seite die Arbeiter, die in den mannigfaltigsten Formen, in Betriebsversammlungen, durch politische Kassen, durch Streiks usw. gegen den Lohnabbau protestieren haben und damit ihre Entschlossenheit und ihren Willen zum Kampfe gegen die Offensiv der Bourgeoisie zum Ausdruck bringen. Auf der Seite der Arbeiter steht die Kommunistische Partei und revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, stehen alle, die für die Sache der Arbeiterklasse sind.

Wo aber steht die „Eiserne Front“? Sie steht auf der anderen Seite, dort, wo die Bourgeoisie, die Brüning-Regierung, die Nationalsozialisten stehen. Auf dieser Seite stehen alle, die für den Lohnabbau, für die Unterdrückung der Arbeiterklasse, für die Sache der Kapitalisten sind. Die sozialdemokratischen Führer und die Führer der reformistischen Gewerkschaften haben freilich nicht öffentlich Sympathieverklärungen für die Kapitalisten abgegeben, wie das z. B. die Nationalsozialisten tun. Aber die Organisation des Streikbruchs, die Sympathiebewegung durch die Tat sind für die Bourgeoisie mindestens als tauschende Erklärungen hilfreich, die er die Geldstrafe der Kapitalisten gegen den Bolschewismus, gegen „Rot-Mord“ schützen will. Gerade durch ihre Streikbrecherstätigkeit zeigen die sozialdemokratischen Partei, und Gewerkschaftsführer, daß sie im Lager der Bourgeoisie stehen, daß sie von den sozialdemokratischen Arbeitern ein Klassengegnertrennt, der durch keinerlei radikale Reden, durch keine „Eiserne Front“ überbrückt werden kann.

Die „Eiserne Front“ will jetzt in den Betrieben „Hammer & Sichel“ bilden. Zu welchem Zweck? Um den Kampf der Arbeiter gegen den Lohnabbau zu organisieren, um Streiks zu führen, bedarf es keiner neuen Organisation der Arbeiter.

Um diesen Kampf zu führen, würde es genügen, daß die Führer der reformistischen Gewerkschaften aufhören, den Streikbruch zu organisieren und beginnen würden, den Kampf der Arbeiter zu unterstützen. Aber weder SPD noch Gewerkschaftsführer werden aufhören, als Streikbrecher aufzutreten. Im Gegenteil: Sie werden ihre streikbrecherische Tätigkeit verstärken. Ihre „Hammer & Sichel“ werden deshalb nicht Kampfsymbole für die Arbeiterklasse, sondern „Hammer & Sichel“ der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse sein.

„Hammer & Sichel zum Kampf gegen den Faschismus“, so lautet die Wels und Leipziger. Aber es gibt selbst im Kampfe gegen den Faschismus kein gemeinsames Vorgehen der sozialdemokratischen Arbeiter und ihrer Führer. Das zeigt der Ueberfall der SA-Mordabteilungen auf die Arbeiterkolonie „Heinrich“ in dem Berliner Vorort Reinickendorf. Es ist eine Tatsache, daß die Polizei des sozialdemokratischen Parteipräsidenten Gröschel — die rücksichtslos auch die kleinste Arbeiterversammlung in den Straßen Berlins auseinanderläßt — die fast 200 Mann starke SA-Terrorabteilung der Nazis bei ihrem Mord zur Arbeiterkolonie „Heinrich“ begleitet hat.

Die Polizei hat nach dem Ueberfall, nach der Ermordung eines Arbeiters durch die Nazi-Mordabteilung, zwölf überfallene Arbeiter verhaftet und der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei hat der Bürgerlichen und nationalsozialistischen Presse das Stichwort zu ihrer feigen Propagandakampagne geliefert. Treuen, der „Schußwahn der Demokratie“ enthält sich als das Land, wo der Faschismus unter den Augen der Polizei Ueberfälle auf Arbeiterwohnungen ausführt kann. Es gibt keinen Unterschied zwischen Preußen und Braunschweig. Hier wie dort überfallen Mordabteilungen Arbeiterquartiere, schlagen und töten Arbeiter nieder.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den sozialdemokratischen Minister Seydewitz erleichtert solche Ueberfälle der Nazis.

Die Unterdrückung der Arbeiterklasse, die Aufhebung der Demonstrationenfreiheit, alles das gibt den Nationalsozialisten die Möglichkeit, sich um so ungezügelter zu entfalten. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, das Demonstrations- und Versammlungsverbot wirkt sich als ein Schlag für die Nationalsozialisten, als eine Wehrlosmachung der Arbeiterklasse aus. Es sind sozialdemokratische Führer, die alle diese Maßnahmen entweder direkt herbeigeführt haben oder sie jetzt als Notverordnung der Brüning-Seydewitz-Regierung durchzuführen. Darum ist die „Eiserne Front“ nicht eine Front gegen Faschismus, sondern eine Front des Faschismus gegen die Arbeiterklasse.

Die Tendenz Rosenfeld und Brandler, die wie die Wels und Leipziger eine Vergangenheit haben, versuchen auf ihre Weise die Arbeiterklasse zu verwirren und zu betrügen. Sie, die tausendmal in der Arbeiterbewegung bankrott gemacht haben, die, wie die Seydewitz und Rosenfeld, jahrelang mit den Wels und Leipziger marschiert sind, und die wie Brandler, in der SPD nicht die Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, nicht den gemäßigten Flügel des Faschismus, sondern den „großen Bruder“ leben, schreiben nach der „Einheitsfront des Proletariats“. Sie fordern, daß sich die Kommunistische Partei mit den Wels und Leipziger verständigen solle über den „gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus“. Und Herr Trotski betätigt sich nicht weniger eifrig als Herold der SPD-Führer. Seine Weisheit ist die:

„Um den Faschismus zu schlagen, muß man sich selbst mit dem Teufel verbünden, warum also nicht mit Seydewitz, Roste und Gröschel?“

Kann man sich mit den Organisationen des Streikbruchs über die Durchführung eines Streiks verständigen, um zu erreichen, daß der Streik gewonnen wird? Kann man mit ihnen eine Einheitsfront bilden? Das ist offenbar unmöglich. Mit solchen Leute kann es keine Verständigung, keine Einheitsfront geben. Man kann nur eine tun: die Arbeiter, die sich zum Streikbruch mißbrauchen lassen, aufklären, sie für den Streik gewinnen, ihnen die schändliche Rolle des Streikbrechers klar machen. Eine Verständigung über den Kampf gegen den Faschismus mit Leuten, die die faschistische Diktatur der Bourgeoisie unterstützen, faschistische Methoden zur Unterdrückung der Arbeiterklasse selbst anwenden, kann es ebenso wenig geben, wie eine Verständigung, eine Einheitsfront mit Streikbrechern.

Die Rosenfeld, Brandler, Trotski, die den Arbeitern sagen, daß man die Einheitsfront mit den Wels und Leipziger zum Kampf gegen den Faschismus“ herstellen muß, belagern in Wirklichkeit die Geschäfte der Streikbrecher, die Geschäfte der Bourgeoisie, in deren Auftrag und Interesse der Streikbruch von der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ausgeführt wird. Der „Kampfwille“ der sozialdemokratischen Agenten Rosenfeld, Trotski usw. hilft in Wahrheit nicht den Arbeitern, sondern der Bourgeoisie, erleichtert ihr die faschistische Diktatur durchzuführen.

Eine Einheitsfront, eine Verständigung der Arbeiterklasse mit dem gemäßigten Flügel des Faschismus, mit dem Streikbruchorganisatoren ist unmöglich. Möglich und notwendig dagegen ist die Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen die faschistische Diktatur der Bourgeoisie, gegen den Faschismus, gegen den Lohnabbau. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diese Einheitsfront zu schaffen!

Neuer Lohnraub bei den Metallern!

Elbe-Werke-Proleten sollen nochmals bluten. Die Belegschaft zur Abwehr bereit

Trotz des dreimaligen Lohnabbaues bei den schiffischen Metallarbeitern im vergangenen Jahre, die eine ungeheure Verelendung der Metallarbeiter mit sich brachten, gehen die Unternehmer in fast allen Betrieben dazu über, diese Hungerlöhne noch über den durch Tarif festgelegten Rahmen hinaus zu kürzen.

Aus einem Dresdener Metallbetrieb, den Elbe-Werken, erhalten wir folgenden Bericht:

In unserem Betrieb ging man in den letzten Tagen dazu über, den Schloßern, die bis jetzt nur in Afford gearbeitet hatten, die gleiche Arbeit als Lohnarbeit anzustellen, das heißt, ihre Beschäftigung weiterhin von der Arbeit im Lohn abhängig zu machen. Dadurch hat der Unternehmer einen Sonderprofit von 7 Pfennig pro Stunde und Arbeiter. Richtig verstanden wird diese schamlose brutale Methode erst, wenn man hinzufügt, daß die Arbeitsleistung vollkommen die gleiche bleibt, da der reformistische Betriebsleiter eine Methode anschließt, die seiner Wahrheit würdig ist. Er stellt sich nämlich von morgens bis abends, fast ohne Unterbrechung, hinter diese Arbeiter und zwingt sie dadurch, trotz Lohnherabsetzung, das Arbeitstempo einzuhalten. Es fehlt nur noch die Kräfte und die Wiedergeburt jenseitiger Kleiberwerke ist vollendet. Die Arbeiter nun, deren Arbeitsweise dem Herrn Betriebsleiter Böse nicht paßt, sind

seinen fortgesetzten Quälereien ausgeführt, die den Schloßern haben, den Arbeiter leicht so zu zermürben, daß er mit unwillfähriger Aulst ist und sich gegen diese faschistischen Methoden verhärtete Kurzarbeit das übrige tut, denn der Schlag auf den Magen ist nicht ohne Wirkung.

Die Direktion des selbstverständlich diesen laudieren Betriebsleiter, weil man wahrscheinlich lange suchen wird einen anderen mit so hervorragenden Eigenschaften zu finden. Eine Angelegenheit, die wahrscheinlich die nächste Wertschätzung befristeten wird; denn es sind darin herabgesetzten Größen, wie Stadtrat Dr. Krüger. Auf deren Stellungnahme sind wir gespannt. Im gleichen Maße wie dieser freigelegte schaltliche Betriebsleiter die Arbeiter preßt, tut er es auch den Lehrlingen, die für das geringste Versehen Strafen in Höhe von 4 Stundenlöhnen büßert bekommen.

Als diese verbrecherischen Anschläge haben nur das eine erreicht, die Belegschaft fest zusammenzuknöpfen. Mit roten Betriebsräten in vorderster Front, wie aber der Betriebsleiter. Ein Streik steht vor der Tür, wie wird für den Unternehmer und seine Helfer eine unangenehme Sache, für uns aber eine entscheidende Waffe sein. Zurück mit dem Unkraut, wer die würdige Behandlung oder die Räder stehen!

Streiks und Streiterfolge im Reiche

Die Widerstandsbewegung unter Führung der KSO

Berlin, 26. Januar. (Eig. Meldung.)

Der Streik der 210 Arbeiter und Drucker der Preussische Papi- & Druckerei ist gestern mit vollem Erfolg beendet worden. Der Streik richtete sich gegen die stilllose Entlassung von sechs Kollegen, die sich geweigert haben, andere Kollegen zu denunzieren. Der Unternehmer wurde gezwungen, die Mahregelungen zurückzunehmen.

Oppeln, 25. Januar. (Eig. Bericht.)

Der Streik der Arbeiter der Zeimulshausfabrik in Volko hat nach 3 1/2 Tagen mit einem Erfolg geendet. Die Verwaltung wollte einen 15prozentigen Lohnabbau den Kollegen aufzwingen. Sie beantworteten diesen Angriff auf ihre miserablen Löhne mit dem Streik. Nach einem dreieinhalbtagigen Kampf wurde die Direktion gezwungen, ihre schändlichen Pläne gegen die Arbeiterklasse fallen zu lassen.

Proteststreik der Eisenbahner

Gleiwitz, 26. Januar.

Die Betriebsraterversammlung der Eisenbahnerwerke Gleiwitz einstimmig mit dem Stimmen der Christen, Reformisten und Nazis, die sofortige Zurücknahme der Mahregelungen jenseitiger Betriebsräte von der Direktion zu fordern. Für den Fall,

daß diese Forderung nicht erfüllt wird, beschloß die Betriebsraterversammlung den Proteststreik.

Lehrlingsstreik in Berlin

Berlin, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern sind 20 Lehrlinge der Firma Boh & Söhne in Berlin in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die Herabsetzung der Lohnsätze und gegen eine Reihe weiterer Mißstände. Der Streik steht unter Führung des Betriebsverbandes der Metallarbeiter.

Erwerbslose verweigern Streikbruch

Eiegen, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Ingenieure des Bergwerkes Hennigsdorf verweigern derzeitige Tage im hiesigen Gebiete Arbeiter als Streikbrecher für den Betrieb in Berlin zu weichen. Das Reichsbrot sollte ihnen für die ersten Tage ausbleiben. Die angeworbenen Arbeiter wurden von den KSO-Kollegen in ihren Wohnorten aufgeklärt und haben einstimmig beschlossen, die Fahrt in Berlin nicht anzutreten.

Die aus 150 Arbeitern bestehende Belegschaft der KSO-Fingerringfabrik in Bafard ist gegen einen Lohnabbau geblieben in den Streik getreten.

Das neue Stillhalte-Abkommen

Ungeheure Belastung des werktätigen Volkes. Frankreichs Finanzdiktatur verklärt Bankierausschuß als Hüter der Notverordnung

Am Sonnabend wurde das neue Stillhalteabkommen vom Bankierausschuß durch Unterzeichnung um ein Jahr verlängert. Das Stillhalteabkommen läuft bekanntlich am 29. Februar 1932 ab. Die Verlängerung dieses Stillhalteabkommens ist unter Bedingungen zustande gekommen, die den werktätigen Massen Deutschlands neue Paken aufbürden. Die wesentlichen Bestimmungen des neuen Stillhalteabkommens sind:

Am 1. März dürfen alle Gläubiger 10 Prozent ihres laufenden Kredites zurückziehen. Da die kurzfristigen ausländischen Kredite rund 12 Milliarden Mark betragen, ist mit einer

Abwanderung von mindestens 1 Milliarde Mark

Anfang März

zu rechnen. Dadurch wird die Lage der deutschen Kapitalisten natürlich ungeheuer verschärft.

Das neue Stillhalteabkommen gilt nur, wenn der 100-Millionen-Dollarkredit der Reichsbank von Amerika, England, Frankreich usw. verlängert wird. Wenn auch nur ein Land sich weigert, diesen Reichsbankkredit zu verlängern, fällt auch das Stillhalteabkommen ins Wasser. Durch diese Bestimmung wird insbesondere die Finanzdiktatur Frankreichs ungeheuer gestärkt.

Das neue Stillhalteabkommen tritt sofort außer Kraft, wenn etwa die Devisen-Notverordnung geändert werden sollten. Wenn also selbst der Reichstag eine Änderung der Notverordnungen beschließen sollte, so wird die Änderung nicht vorgenommen, um nicht die Stillhaltung zu gefährden. Die internationalen Bankiers diktieren also, daß die Notverordnungen in Kraft bleiben müssen.

Für die Kredite der deutschen Kapitalisten muß die Deutsche Gold-Diskontbank, die auf Geldern der Steuerzahler aufgebaut ist, die Rückzahlung übernehmen. Damit wird den werktätigen Steuerzahlern in Deutschland neben den Leistungen für die Youngplan auch noch die Garantie für die Privatgläubiger der deutschen Kapitalisten aufgebürdet.

Aus diesen Hauptbestimmungen ergibt sich, daß das neue Stillhalteabkommen eine Stärkung der französischen Finanzdiktatur und eine neue gewaltige Belastung der werktätigen Massen nicht nur mit den Reparations-, sondern auch mit den Privatgläubigern der deutschen Kapitalisten bedeutet. Das neue Stillhalteabkommen ist nur ein neuer Beweis, daß die Stillhaltung von den ausländischen Tributlasten niemals von den Kapitalisten erreicht werden kann. Erst die herrliche Arbeiterklasse wird mit den Tributlasten Deutschlands sofort und endgültig Schluß machen.

Berlin demonstriert gegen Nazimord

Die Ermordung des ermordeten Genossen Fritz Klement. SPD-Polizeipräsident bietet öffentliche Aufbahrung und Leichenbegängnis. Arbeiter demonstrieren trotz Verbot

Gestern abend wurde der von den Faschisten ermordete Genosse Fritz Klement eingesehert. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Gröschel hatte die von der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei geforderte öffentliche Aufbahrung und das Leichenbegängnis zum Friedhof verboten. Schon am frühen Nachmittag waren alle Straßen um den Friedhof bis weit ins Zentrum hin, durch starke Polizeiaufgebote zu Fuß und zu Pferde besetzt.

Ein Teil des riesigen Polizeiaufgebotes trug Brotbeutel und Feldflaschen, woraus zu schließen ist, daß man als Verstärkung von auswärtigen Polizei herangezogen hatte. Zum ersten Mal sah man auch an ihrer Ausrüstung Hospitale. Viele Stunden vor dem Zeitpunkt der Einäscherung strömten ungeheure Protestmengen aus allen Teilen und Bezirken Berlins zum Friedhof Gerichtsstraße am Wedding. Zehntausende Arbeiter wollten ihrem von den Faschisten ermordeten Genossen Fritz Klement das letzte Geleit geben.

Wieder kam es zu Zusammenstößen der Massen mit der Polizei, die die Straßen um den Friedhof mit dem Gummihüpfel zu räumen versuchte. Aber der Sozialdemokrat Gröschel hatte nicht nur die öffentliche Aufbahrung und den Trauer-

zug verboten, die Polizei hinderte die Massen auch am Betreten des Krematoriums. Selbst Delegationen sozialdemokratischer und Reichsbannerarbeiter konnten infolge der polizeilichen Sperren keinen Zutritt finden, weil sie nicht die vorgeschriebenen Eintrittskarten hatten.

In ungeheuren Massen umlagerten die Arbeiter das Krematorium. Als die Dämmerung hereinbrach, stammten plötzlich große Leuchtkugeln auf. Trompetensignale schmetterten, bildeten sich zwei Demonstrationssäule. Eine nimmt die ganze Straßbreite ein. Voran weht die rote Fahne. So wurde der schrecklichen Stellen des Wedding demonstriert. Bis nach 10 Uhr waren die Straßen des roten Wedding schwarz von Menschen.

Ein Todesopfer durch Nazis

Braunschweig, 25. Januar.

Der Jungbannarbeiter Kurt Meier, der bei dem Ueberfall auf den Wag-Betrieb von den Hitlerbanditen ermordet wurde, erhielt, ist gestern seinen Verletzungen erlegen. Obwohl fast alle beteiligten Nazis der Polizei bekannt sind, blieben keine Verhaftungen.